



Quelle :

Juni 2010

## Erklärung des Ausschusses für Internationale Beziehungen der Nationalversammlung der *Poder Popular* der Republik Kuba

- AM 23. April hat die Gouverneurin des US-Bundesstaates Arizona, Jan Brewer, das Gesetz SB1070 verabschiedet. Dieses Gesetz mit zutiefst rassistischem und ausländerfeindlichem Charakter erlaubt der Polizei, Rassenprofile anzuwenden, um eine beliebige Person festzunehmen, wenn "begründete Verdachtsmomente" vorliegen, dass sie illegal ist, womit praktisch die Einwanderer ohne gültige Aufenthaltspapiere kriminalisiert werden und eine Atmosphäre der Verfolgung von Einwanderern allgemein geschaffen wird, die nun ständig willkürlichen Festnahmen, Kontrollen und Belästigungen unterworfen werden, einschließlich Abschiebungen in ihre Herkunftsländer. Dies geschieht in einem Bundesstaat, in dem ein Drittel der Bevölkerung hispanische Einwanderer sind und in dem über 300.000 Arbeiter ohne gültige Papiere, vor allem Mexikaner, in unendlich langen Arbeitstagen bei der landwirtschaftlichen Ernte die schwersten Arbeiten verrichten und dafür miserable Löhne erhalten.

Seit mit der Ausarbeitung dieses Gesetzes begonnen wurde, haben breite Sektoren der USA seinen selektiven und diskriminierenden Charakter verurteilt.

Am 1. Mai waren mehr als 70 Städte der Vereinigten Staaten Schauplatz massiver Kundgebungen von Gruppen von Einwanderern, Arbeitern, Studenten und Verteidigern der Menschenrechte, die unter der Motto "Wir sind alle Arizona" eine allgemeine Reform der Einwanderungsgesetze sowie die Annullierung dieser in Arizona angenommenen Machwerks forderten.

Unter Berücksichtigung der Auswirkungen dieses Gesetzes für Millionen Menschen, die sich in unserer Region gezwungen sehen, auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen für sich und ihre Familien in die Vereinigten Staaten zu gehen, und angesichts der Möglichkeit, dass sich ähnliche Gesetze im Gebiet der USA wie eine Plage ausbreiten könnten, erklärt der Ausschuss für Internationale Beziehungen der Nationalversammlung der *Poder Popular* der Republik Kuba seine Solidarität mit denjenigen, die dieser brutalen Verletzung ihrer Menschenrechte gegenüberstehen.

Wir können es nicht versäumen, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass während einerseits Mauern gebaut und Gesetze wie dieses erlassen werden, die versuchen, den Einwanderern die Türen zu schließen zu den Territorien, die dem noblen mexikanischen Volk gewaltsam geraubt worden sind, andererseits der Cuban Adjustment Act seine volle Gültigkeit beibehält, der ein ständiger Anreiz ist zur ungeordneten Auswanderung und Desertierung auf jedem möglichen Weg, was unserem Volk im Verlauf von Jahrzehnten Hunderte Menschenleben gekostet hat.

Havanna, 19. Mai 2010 •